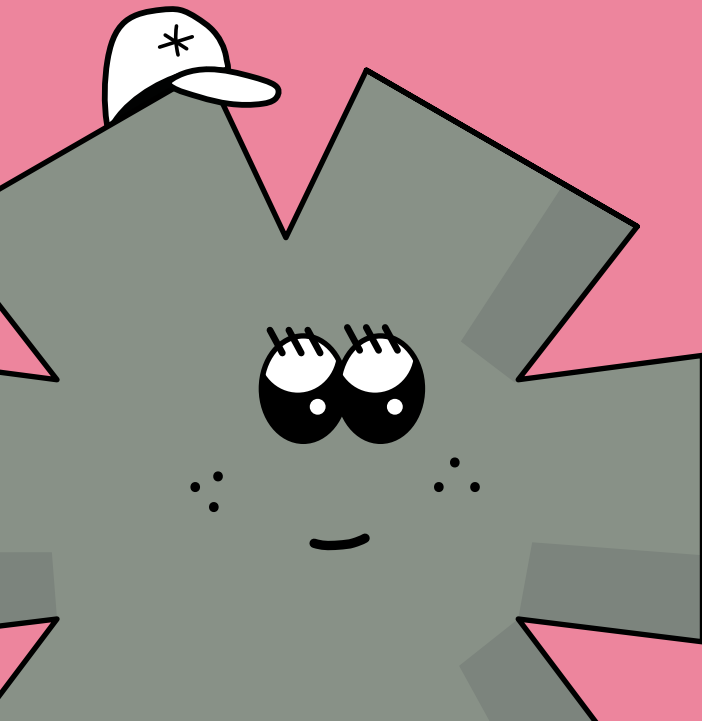


# gendern

in Hamburg



# Gendern in Hamburg

Als im Spätherbst des vergangenen Jahres die ›Volksinitiative‹ *Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung* in Hamburg umtrieblich wurde, war die erste Reaktion in der Redaktion keineswegs der Wunsch, das sofort zum Titelthema einer hlz zu erheben. Wie lange wird nun schon über eine weniger diskriminierende Sprache gestritten, wie oft wurden schon die Gründe für und wider abgewogen, aber nun: schon wieder? War die letzte Welle der Empörung nicht eben erst verbbt? Gestern noch, im Sommer 2021, hatte sich die CDU Hamburg ihrer »Vorbildfunktion« beim Thema »Gleichberechtigung« erinnert und begonnen, »gegen das spalterische Potential der Gendersprache« zu agieren – so die Formulierungen aus dem Landesparteitagsbeschluss vom 15. Juni 2021. Es drohe eine »linksideologische Vereinnahmung der Sprache« – so als ob uns jedes Wort geraubt, kein Satz mehr unbescholten bliebe – durch »ein scheinliberales Milieu, das auf eine »ideologische Gängelung der Bürger mit nur vorgeblich »gendergerechter« Kunstsprache« aus sei, welche »die Gesellschaft spalte« und das Herzensanliegen der CDU – »die Gleichberechtigung« – nicht fördere. Schließlich sei die »Gender-Sprache [...] nicht inklusiv und integrierend«, sondern »exklusiv« und ausgrenzend. Das beträfe vor allem »Menschen [...], die hierzulande Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache erlernen« (wir erinnern uns: das Wohlergehen von Fliehenden und Geflüchteten – ein zweites großes Herzensanliegen der CDU). Zwar sorgte dieser im Namen »der Gleichberechtigung« initiierte Angriff der CDU auf ein gendergerechtes Sprechen für viel öffentliches Getöse, auf ihrem Bundesparteitag konnten sie das intendierte Verbot der »Gendersprache« dann allerdings (noch) nicht durchbringen.

Ein genervtes Augenrollen war unser erster Reflex, weil viele der hier vorgebrachten ›Argumente‹ sich nun in der aktuellen ›Volksinitiative‹ nahezu wortgetreu wiederfinden und auch die Hamburger CDU erneut auf den Zug aufspringt, um eifrig für ein Revival ihres eigenen Genderverbots Unterschriften zu sammeln – wie auch die AfD, die FDP bleibt bei einem »Jein«. Zwar distanzierte sich zwischenzeitlich der CDU-Fraktionsvorsitzende Dennis Thering von Sabine Mertens, der Sprecherin der ›Volksinitiative‹, nach »ihren homophoben und queerfeindlichen Äußerungen« (Abendblatt vom 8. Februar 2023), denn am Vortag hatte Mertens vom Gendern als »feministische[r] Propaganda«

und »PR-Maßnahmen der LGBTQ-Bewegung« gesprochen und die Ansicht vertreten, »dass sich normalerweise Männer und Frauen zum anderen Geschlecht hingezogen fühlen«. ›Unnormal‹ sind dann diese ›Anderen‹, die mit Mutter Natur ein böses Spiel trieben: »Wenn wir jetzt alle schwul, lesbisch und trans werden sollen, dann ist die Evolution zu Ende« (Abendblatt vom 7. Februar). Das Verwenden einer geschlechtergerechten Sprache als Bestandteil eines diabolischen Planes, der das Ende der Menschheit besiegeln soll? Und das ist nun kein Versehen oder ein Ausrutscher, schließlich sprach Mertens Jahre vorher schon von der »Geschlechtergerechtigkeitsmeute [...] aus vielen verschiedenen Opferidentitätsgrüppchen [...], die [...] durch ihre globalisierte Guerillataktik vor allem eins erreichen: Verwirrung, Destabilisierung, Zermürbung des ›Gegners‹, Vernichtung von unliebsamen Existenzen« (2020). Welche Bürgerkriegsszenarien hier auch immer herbeiphantasiert werden, die CDU hindert es nicht, Unterschriften für diese Initiative zu sammeln. Das ›Gendern‹ ist gegenwärtig das Ticket, um Panik zu schüren und die Empörung zu kanalisieren. Ein Ticket, dass wie in Thüringen zu parlamentarischen Mehrheiten führen kann – mit der AfD – die das ›Gendern‹ dann verbieten.

## Welche Sprache ist für alle da?

Dieser neue »Anti-Genderismus« zeichnet sich dadurch aus, dass eben nicht mehr auf eine gottgegebene Ordnung oder auf die natürlichen Vorrechte des Mannes verwiesen wird, wenn es darum geht, feministischer Kritik ihre Legitimität abzusprechen – vielmehr wird der Spieß einfach umgedreht: Die »Gendersprache« selbst sei »diskriminierend, integrationsfeindlich und vorurteilsbeladen« (Hamburger Volksinitiative 2022). Wir hätten uns also all die Diskussionen um die Fragen sparen können, wie sich in Sprache gesellschaftliche Machtverhältnisse ausdrücken, wie in ihr bestimmte Gruppen auf- oder abgewertet werden. Schließlich läge das Problem doch in genau diesen Neuerungen, die Ergebnis dieser Auseinandersetzungen sind – erst ein diskriminierungssensibleres Sprechen also hätte zu den Schwierigkeiten geführt, die es vorgeblich bekämpfe.

So heißt es im Text der Volksinitiative: Unsere »Standardsprache zeichnet sich [...] durch den Gebrauch von verallgemeinernden Begriffen aus, bei denen spezifische Merkmalsbeschreibungen

wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hautfarbe, Glaubensbekenntnisse und Ideologien bedeutungslos sind: Es verbietet sich daher, z.B. eine grammatische Form wie das generische Maskulinum zu unterbinden« (ebd.). Ist das nicht verblüffend? Wir brauchen uns eigentlich gar keine Gedanken mehr um die sprachliche Form zu machen, denn die männliche Form vieler Worte (Lehrer, Schüler, König etc.) stehe schon für *alle* ein, repräsentiere alle gleichermaßen, dieses sprachliche Geschlecht habe also *nichts* mit dem »natürlichen« oder gesellschaftlich bestimmten Geschlecht zu tun.

Machen wir doch schnell eine Probe auf das Wirken dieser Kraft des generischen Maskulinums, lesen wir eine kurze Geschichte, die uns dem Problem näherbringt: »Ein Vater fuhr mit seinem Sohn im Auto. Sie verunglückten. Der Vater starb an der Unfallstelle. Der Sohn wurde schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert und musste operiert werden. Ein Arzt eilte in den OP, trat an den Operationstisch heran, auf dem der Junge lag, wurde kreidebleich und sagte: ›Ich bin nicht im Stande zu operieren. Dies ist mein Sohn« (Gäckle: 2013). In welchem Verwandtschaftsverhältnis stehen nun der Arzt und der Sohn? Die überwältigende Mehrheit der Leser\*innen steht vor dem Rätsel, wie es sein kann, dass der Vater tot ist, aber der Arzt ebenso beansprucht, der Vater zu sein... – Adoption, Verwechslung, ein schwules Paar vielleicht? Wenn die männliche Form so allgemeingültig ist, warum ist des Rätsels Lösung dann so fern, dass dieser ›Arzt‹ eben die Mutter ist? Wenn das generische Maskulinum völlig losgelöst vom Geschlecht wäre, dann hätte die Mutter als mögliche Lösung doch sofort selbstverständlich sein müssen (und um in den gegenwärtigen Debatten anzukommen: der trans Mann oder eine Person, die sich diesen beiden geschlechtlichen Markierungen entzieht).

Das zentrale ›Argument‹ der Hamburger ›Volksinitiative‹, wir verfügten mit dem generischen Maskulinum bereits über eine diskriminierungsfreie Form, wurde in den letzten vierzig Jahren durch unzählige Studien widerlegt (siehe als eine Quelle, die einen guten Überblick verschafft: Nübling 2018). Es hat also konkrete, empirisch belegbare Effekte, ob gendergerechte Formen verwendet werden, sei es nun in Berufsbeschreibungen, so dass Schüler\*innen sich eher männerdominierte Berufe zutrauen (vgl. Verecken/Hannover 2015), oder in Sachtexten, so dass die Wahrscheinlichkeit deutlich steigt, dass auch Frauen\* mit diesen Inhalten assoziiert werden. Nun streben solche Initiativen gegen ›das Gendern‹ eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung gar nicht erst an – sie setzen auf eine volkstümliche Erzählung, dass es hier bloß um das

Anliegen einer radikalen Minderheit ginge, die die entscheidenden Positionen der Macht eingenommen hätte, um nun der schweigenden Mehrheit ihre Ideologie aufzuzwingen – und letztlich die »Zerstörung unserer gewachsenen sozialen Ordnung« (Mertens 2020) anstrebe. Sie gewinnen ihre Mobilisierungskraft durch Feindbestimmungen, die eine Diskussion verunmöglichen.

### Die Texte dieses Schwerpunktes

Hörbar zu machen und zu verstärken sind aber auch die Stimmen all jener, die kritisch gegen solche antifeministischen Angriffe Stellung beziehen. So knüpfen wir mit dem Titel dieser hlz-Ausgabe an die Kampagne an, die der *Landesfrauenrat Hamburg* schon 2021 in Reaktion auf die damaligen Angriffe gegen eine diskriminierungsfreie Sprache gestartet hatte: #*Gendern in Hamburg*. Neben einer für uns neu verfassten Stellungnahme des *Landesfrauenrats* kommen mit dem *Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik* (AfGG) und der *AG Queere Lehrer\*innen* die Engagierten der GEW Hamburg zu Wort. Wie diese macht auch die DGB-Vorsitzende Tanja Chawla in ihrer Stellungnahme deutlich, dass der antifeministischen, trans- und queerfeindlichen Stimmungsmache der Volksinitiative entschieden entgegenzutreten ist.

Die stellvertretende Vorsitzende der GEW Yvonne Heimbüchel erinnert in ihrem Beitrag daran, dass die Auseinandersetzung um eine gelebte Geschlechterdemokratie auch innerhalb unserer Gewerkschaft zu führen sind, aber auch ›wes' Geistes Kind‹ vehemente Gegner\*innen eines gendersensiblen Sprechens sind: Nach einer Presseerklärung, die sich offen gegen die Hamburger Volksinitiative aussprach, erreichten sie etliche Hassmails: Von Skurrilitäten wie dem Vorwurf, ›wir‹ hätten noch nicht verstanden, dass »auch Braun eine Farbe des Regenbogens« sei, bis hin zu eliminatorischen Phantasien. Mit dem Inhalt der Presseerklärung ist so eine Reaktion kaum zu erklären: »Sprache« habe »die Kraft, gesellschaftliche Normen – wie Geschlechterrollen – zu hinterfragen und zu verändern. Darum setzt sich die GEW für eine geschlechterbewusste Sprache ein. Eine rein das generische Maskulinum nutzende Sprache tut das nicht, daher lehnt die GEW die Volksinitiative *Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung* ab«, lauten die Worte, mit denen Yvonne Heimbüchel in der Pressemitteilung einen vorangestellten Verweis auf den Beschluss der GEW-Bund zur geschlechtergerechten Sprache kommentiert. Seit 2013 gilt in der GEW ein »geschlechtergerechter Sprachgebrauch und eine ausgewogenen Repräsentanz in [...] bildlichen Darstellungen«. Es wird ausdrücklich der Gebrauch von Zeichen wie dem Genderstern vorgeschlagen, um »auch Menschen an[zu]sprechen,

die sich nicht in binären Geschlechterkategorien wiederfinden« (GEW Bundesgewerkschaftstag 2013, Beschluss 5.5).

Weil wir aber nun nicht alle wandelnde Lexika für die binären und nichtbinären Formen des Genders sind, haben wir dieser Ausgabe als Geschenk an alle Leser\*innen ein von der Grafikdesignerin Hannah Witte gestaltetes Aufklärungsposterchen zum Heraustrennen beigelegt. Wer sich für die gestalterische Geschichte des Feminismus und zugleich für eine Aufarbeitung seiner institutionellen Verdrängung interessiert, dem sei die aktuelle Ausstellung *The F\*Word. Guerilla-Girls und feministisches Grafikdesign* im *Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe* empfohlen, der Beitrag von Sarah Steffens zeigt, warum. In den vielstimmigen Beiträgen zu einer vom AfGG veranstalteten Lesung mit Daniela Dröscher und ihrem Buch *Lügen über meine Mutter* sowie Lea Remmers Rückblick auf das 45-jährige Bestehen der autonomen Frauenhäuser in Hamburg greifen wir Themen auf, die noch einmal deutlich machen, dass die patriarchale Tradition sprachlicher Nicht-Repräsentation eng verwoben ist mit einer Geschichte gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse.

Wir möchten mit dieser Ausgabe vermitteln: Diskriminierungssensibles Sprechen kann für alle Beteiligten etwas Eröffnendes haben. Aus ihrer pädagogischen Praxis mit geflüchteten Jugendlichen heraus argumentierend, zeigt Susanne Jacobs in ihrem Text sehr deutlich, dass weder Gendern noch der Gebrauch des Gendersterns ein Hindernis für den Erwerb der deutschen Sprache darstellen, wie gern behauptet wird. Ebenso praxisnah hat Gloria Boateng für unsere in der Grundschule lehrenden Kolleg\*innen eine Unterrichtsidee zur Verfügung gestellt, die sich über die Geschichte eines Kindes entfaltet, das sich weder als Junge noch als Mädchen fühlt. Inwiefern binäre Vorstellungen von Geschlecht und heteronormative Auffassungen sich nicht nur sprachlich, sondern auch in kulturellen und künstlerischen Praxen ausdrücken, tradieren und verkörperlichen, jedoch im Schaffen von Gegenbildern und Gegenbewegungen auch verändert werden können, das erkunden wir in einem Gespräch mit der queerfeministischen Choreografin und Tänzerin René Reith.

Diese hlz-Ausgabe reißt ein großes Thema nur an, aber wir hoffen, dass wir jenseits der Grabenkämpfe eine Diskussion damit anstoßen können, wie Geschlecht in unserer Gewerkschaft wirkt in all seinen Facetten. Wir werden darauf immer wieder zurückkommen, gerade auch auf diese schlechtere Entlohnung traditionell weiblich konnotierter Berufsbereiche, die geringere Rente von Frauen\* und

wie das mit einer vergeschlechtlichen und zutiefst ungerechten gesellschaftlichen Arbeitsteilung zusammenhängt.

EURE REDAKTION

## Literatur

Annelene Gäckle (2013), *ÜberzeuGENDERe Sprache. Leitfaden für eine geschlechtersensible und inklusive Sprache*. Köln.

Sabine Mertens (2020): *Vorwärts in die Femikratuur*, achgut.com.

Sabine Mertens (2023): *Meine Volksinitiative gegen die Gendersprache*, achgut.com.

Damaris Nübling (2018): *Und ob das Genus mit dem Sexus. Genus verweist nicht nur auf Geschlecht, sondern auf die Geschlechterordnung*, in: *Sprachreport* Jg. 34, Nr. 3, S. 44-50.

Dries Verwecken und Bettina Hannover (2015): *Yes I can! Effects of gender fair job descriptions on children's perceptions of job status, job difficulty and vocational self-efficacy*, in: *Social Psychology* 46, 76-92.

